

## Anlage 1

### Stellungnahme der Abfallbehörde

1. Der Erläuterungsbericht enthält unter Punkt 6 (Baugrund/Altlasten) im Hinblick auf die resultierende überwachungsrelevante Abfallentsorgung folgende Angabe:

"Die vorhandenen Bodenverunreinigungen werden durch die NordWestBahn durch eine voraussehlende Altlastensanierung beseitigt."

Adressat des Planfeststellungsbeschlusses wird die VGB sein. Somit können im Rahmen dieses Beschlusses keine Maßnahmen geregelt werden, die durch einen anderen verantwortlichen Abfallerzeuger durchgeführt werden.

Wegen dieses Widerspruches wurde sowohl die VGB als auch die NordWestBahn kontaktiert, die nun erneut mit widersprüchlichen Angaben antworteten. Die NordWestBahn bestätigte ihre Zuständigkeit für die vorwegzunehmende Sanierung. Die VGB dagegen teilte per E-Mail mit:

"Nach Rücksprache mit unserer kaufmännischen Leitung werden wir als VGB für die Entsorgung der Altlasten auf dem Grundstück vor Baubeginn zuständig sein. Die NWB wird für die Entsorgung der Abfälle während der Bauphase und später im Betrieb sorgen müssen."

Der zweite Satz dieser Mitteilung widerspricht dem Antragsgegenstand, da die VGB als Bauherr auch verantwortlicher Abfallerzeuger bei den in Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses durchzuführenden Baumaßnahmen sein wird.

Wir bitten die Planfeststellungsbehörde, eindeutig festzustellen, wer für

- die Altlastensanierung
- und die anschließende Baumaßnahme

die abfallrechtliche Verantwortung und damit die Entsorgungspflicht zu tragen hat.

Zudem bitten wir um Aufnahme folgender Anforderungen in den Planfeststellungsbeschluss:

"Die Arbeiten für die Altlastensanierung und die Arbeiten für die anschließende Baumaßnahme sind jeweils mindestens zwei Wochen vor Arbeitsbeginn der Abfallbehörde schriftlich anzuzeigen. Mit den Baubeginnanzeigen sind der Abfallbehörde folgende Angaben/Unterlagen vorzulegen:

- Namen und Anschriften der verantwortlichen Leiter der Arbeiten,
- Namen und Anschriften der Verantwortlichen für das Entsorgungsmanagement einschließlich der Register- und Nachweisführung,
- für die anschließende Baumaßnahme Angaben über die anfallenden Abfälle nach Arten und Mengen sowie zu deren vorgesehenem Verbleib (Entsorgungswege),
- Antrag auf Erteilung einer Erzeugernummer, mittels derer sämtliche Abfallentsorgungen durchzuführen und zu dokumentieren sind."

"Über die anfallenden Abfälle sind Nachweise und ein Register entsprechend den Bestimmungen der Nachweisverordnung in der derzeit geltenden Fassung zu führen. Das Register ist zur jederzeitigen behördlichen Einsichtnahme bereitzuhalten."

"Zu Beginn und während der gesamten Maßnahme sind durch den Bauherrn terminlich abgestimmte Baubesprechungen unter Beteiligung der Abfallbehörde abzuhalten und schriftlich zu protokollieren. Das Protokoll ist der Behörde unmittelbar zuzuleiten."

2. a) Die Antragsunterlagen enthalten das Gutachten "Darstellung der Altlastensituation" der Dr. Pirwitz Umweltberatung, Bremen, April 2009.

Später erhielten wir das daraus fortgeschriebene Arbeitspapier "Bodenmanagementplan und Baubeschreibung" desselben Gutachters aus Juli 2009.

Letzteres Arbeitspapier bietet - bis auf einen abfallrechtlich nicht zulässigen Aspekt - eine akzeptable Grundlage dafür, dass die Altlastensanierung im Wege zulässiger Entsorgungen abgeschlossen werden kann. Es soll daher - unter Korrektur in abfallrechtlicher Hinsicht - verbindlich angewandt werden.

Wir bitten um Aufnahme folgender Anforderung in den Planfeststellungsbeschluss:

"Im Rahmen der Altlastensanierung und der damit verbundenen Entsorgungen ist das Planungspapier "Bodenmanagementplan und Baubeschreibung" der Dr. Pirwitz Umweltberatung, Bremen, Juli 2009, grundsätzlich verbindlich anzuwenden."

2. b) Das Gutachten "Bodenmanagementplan und Baubeschreibung" sieht vor, auf dem Baugrundstück mineralische Abfälle der Zuordnungsklasse Z 1.2 gemäß LAGA M 20 einzubauen. Aufgrund der Lage in der Schutzzone IIIA des Wasserschutzgebietes Wulsdorf ist jedoch lediglich der Einbau von Materialien der Zuordnungsklassen Z 0 und Z 1.1 zulässig.

In Ergänzung zu Punkt 2. a) bitten wir um Aufnahme folgender Anforderung in den Planfeststellungsbeschluss:

"Abweichend von dem Planungspapier ist nur der Einbau von Materialien der Zuordnungsklassen Z 0 und Z 1.1 zulässig."

3. Über die Abfälle und deren Entsorgungswege, die im späteren Betrieb des Wartungsstützpunktes anfallen werden, enthalten die Antragsunterlagen keine Angaben. Die Entsorgungssicherheit der dann durch das Vorhaben anfallenden Abfälle konnte daher nicht geprüft werden.

Wir bitten um Aufnahme folgender Anforderung in den Planfeststellungsbeschluss:

"Die Betriebsaufnahme des Wartungsstützpunktes ist der Abfallbehörde vier Wochen zuvor schriftlich anzuzeigen. Mit der Anzeige sind folgende Angaben/Unterlagen vorzulegen:

- Mitteilung gemäß § 53 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz,
- Name des verantwortlichen Stützpunktleiters,
- Name der für das Entsorgungsmanagement sowie für die Nachweis- und Registerführung zuständigen Person,
- ein Abfallkataster und Entsorgungskonzept,
- Antrag auf Erteilung einer Erzeugernummer, mittels derer sämtliche Abfallentsorgungen durchzuführen und zu dokumentieren sind."

"Auf die Anforderungen der §§ 40-49 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz sowie der Nachweisverordnung wird hingewiesen."



## Anlage 2

### Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Gemäß § 13 BremNatSchG hat der Träger des Vorhabens die zum Ausgleich und Ersatz des Eingriffs erforderlichen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Text und Karte in dem Fachplan oder - soweit es erforderlich ist - in einem landschaftspflegerischen Begleitplan darzustellen. Soweit es sich nicht um ein Verfahren durch Behörden des Bundes im Sinne des § 15 handelt, erfolgt dies im Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde. Der Begleitplan ist Bestandteil des Fachplanes und nimmt als solcher am Planfeststellungs- oder Genehmigungsverfahren teil.

Im vorgelegten landschaftspflegerischen Begleitplan sind die vom Verursacher vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung, zum Ausgleich und zum Ersatz der Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft nach Ort, Art, Umfang und zeitlichem Ablauf noch nicht abschließend dargestellt.

Daher haben wir im Verfahren unsere Einvernehmenserklärung nur unter bestimmten Voraussetzungen in Aussicht gestellt. Die Einvernehmenserklärung wird im laufenden Verfahren nach Abarbeitung der nachfolgenden Auflagen erteilt:

1. Der Vorhabensträger stimmt die vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung, zum Ausgleich und zum Ersatz der Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft nach Ort, Art, Umfang und zeitlichem Ablauf einvernehmlich mit der Unteren Naturschutzbehörde ab.
2. Es wird eine reale Kompensation im Umfang von ca. 22.800 FÄ (qm) auf den identifizierten Flächen geleistet. Die Stadt verfügt über die Flurstücke 48/3 (6.400 m<sup>2</sup>), 51 (2.100 m<sup>2</sup>) und 56/2 (6.700 m<sup>2</sup>) in der Gemarkung Wulsdorf, die für Ausgleichsmaßnahmen bereitgestellt werden können. Hier sollen Magerrasenhabitate und trockene Sukzessionsstadien entwickelt und gefördert werden. Die Maßnahmen sind mit der Unteren Naturschutzbehörde einvernehmlich abzustimmen. Es ist eine Aufwertung um ein bis zwei Wertstufen zu veranschlagen, die gemittelt bei einer Gesamtfläche von 15.200 m<sup>2</sup> eine Aufwertung um 22.800 Flächenäquivalente begründet.

Für das verbleibende Kompensationsdefizit in Höhe von ca. 30.192 FÄ (qm) können Ersatzzahlungen nach § 11 Abs. 6 BremNatSchG geleistet werden, wenn der Verursacher des Eingriffs die Verfügbarkeit von geeigneten Flächen nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraumes sicherstellen kann. Soweit diese Flächen in das Vorhaben eingebunden und dauerhaft als Ersatzflächen gesichert werden, reduziert sich das ermittelte Bilanzierungsdefizit um die genannten Flächenäquivalente. Das verbleibende Defizit wird - soweit keine anderen Ausgleichsflächen zur Verfügung stehen, auf denen Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden können - durch Ersatzgeldzahlung nach § 11 Abs. 6 BremNatSchG eingelöst werden.

Die Höhe des Ersatzgeldes bemisst sich nach den für die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen zu erwartenden Kosten für Flächenerwerb, Flächenherrichtung sowie Pflege und Unterhaltung, und wird hier mit 4,50 € je Flächenäquivalent veranschlagt.

Die Ersatzzahlung steht der Unteren Naturschutzbehörde zu und ist zweckgebunden zu verwenden (§ 11 Abs. 7 BremNatSchG).

Mit dem Eingriff darf erst begonnen werden, wenn die Ersatzzahlung geleistet wurde.

Die Umsetzung der Kompensation erfolgt mit der Baugenehmigung.

3. Seit dem 01.07.2009 gilt eine neue Baumschutzverordnung im Land Bremen. Der vom Vorhabens-träger noch vorzulegende Befreiungsantrag ist entsprechend fortzuschreiben und die bislang vor-gesehenen Ersatzpflanzungen nach Baumschutzverordnung sind zu ergänzen.

## Anlage 3

### Stellungnahme der Wasserbehörde

Die für das Bauvorhaben vorgesehene Fläche befindet sich in der Zone IIIA, direkt angrenzend an die Zone II des Wasserschutzgebietes Wulsdorf. Die einschlägigen Rechtsvorschriften sowie Regelwerke hinsichtlich des Grundwasserschutzes in Schutzgebieten sind zu berücksichtigen.

1. Für den Bereich Anlagenverordnung sind folgende Punkte zu beachten:

- Sämtliche Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind uns anzuzeigen.
- Die Waschstraße ist einzuhausen. Die Errichtung der Waschstraße einschließlich der Abtropf-strecke und Wasserrückgewinnungsanlage ist mit einem nach § 22 VAWS zugelassenen Sach-verständigen abzustimmen.
- Vor Inbetriebnahme der Gesamtanlage ist uns durch eine nach § 22 VAWS anerkannte Sach-verständigen-Organisation nachzuweisen, dass keine Wassergefährdung durch den betriebs-bedingten Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu besorgen ist.

2. Beim Auf- und Einbringen von Materialien auf oder in Böden im Rahmen des genehmigten Bauvor-habens (einschließlich Bodenaushub) sind die Anforderungen der Bundes-Bodenschutz- und Altlas-tenverordnung (BBodSchV) und der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) sowie Anforderun-gen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen - Technische Regeln - zu beachten.

Das Auf- und Einbringen von Materialien auf oder in Böden ist der Wasserbehörde mit Nachweis der einzubauenden Materialqualitäten mindestens eine Woche im Vorfeld anzuzeigen. Der Baube-ginn ist uns ebenfalls anzuzeigen. Es ist aufgrund der Lage in der Schutzzone IIIA des Wasser-schutzgebietes Wulsdorf lediglich der Einbau von Materialien der Zuordnungsklassen Z 0 und Z 1.1 gemäß LAGA zulässig.

3. Die Genehmigungsfähigkeit der geplanten Versickerung von Dachflächen und Gleislangen kann auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen aus wasserbehördlicher Sicht nicht bewertet wer-den.

Folgende prüffähige Unterlagen sind nachzureichen:

- Darstellung der Versickerungsanlage (u. a. Erläuterungsbericht mit Beschreibung des Vorha-bens, Lagepläne, Konstruktionszeichnungen, Querschnitte, Material der Dachflächen, Flurab-stand der Anlagensohle zum Grundwasser)
- Gutachterliche Stellungnahme zur Versickerungsfähigkeit des Untergrundes unter Berücksich-tigung der jeweiligen Versickerungsanlage/Fläche und der hydrogeologischen Verhältnisse
- Gutachterlicher Nachweis, dass unterhalb der Versickerungsanlagen keine anthropogen be- einflussten Materialien vorliegen/verbleiben (mobilisierbare wassergefährdende Stoffe u. a. aus Auffüllungen, Altlasten)



Anmerkung/Hinweise: Bei der Planung der Versickerungsanlagen ist insbesondere aufgrund der an die Schutzzone II des Wasserschutzgebietes Wulsdorf angrenzenden Lage eine großflächige Versickerung mit einer Oberbodenpassage (biologisch aktive Bodenschicht) anzustreben. Punktueller Versickerungen sind unzulässig. Ggf. ist eine Wasseraufbereitung der Versickerungsanlage vorzuschalten.

Weiterhin sind die vorhandenen Deckschichten zu erhalten und ein Grundwasserflurabstand zur Sohle der Versickerungsanlage von mindestens 1 m einzuhalten. Eine Boden- und Grundwassergefährdung oder Vernässung angrenzender Grundstücke als Folge der Versickerung muss ausgeschlossen sein. Bei der Planung, dem Bau und Betrieb der Versickerungsanlage ist u. a. das ATV-Arbeitsblatt A 138 "Bau und Bemessung von Anlagen zur dezentralen Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser" zu beachten.

Im Fall einer Erweiterung der Gebäude und Gleisanlagen ist das Versickerungssystem aufgrund der zusätzlichen Niederschlagsmengen erneut zu bewerten. Die Versickerung im Gleisbereich ist lediglich flächenhaft im Bereich von unbefestigten Gleisanlagen ohne Güterumschlag und ohne Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zulässig.

## **Anlage 4**

### **Stellungnahme der Unteren Bodenschutz- und Altlastenbehörde**

Auf den für das Bauvorhaben vorgesehenen Flächen befinden sich drei sanierungsrelevante Altlastenbereiche:

- Schlackenbeimengungen (polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe) im südöstlichen Bereich der Teilfläche des ehemaligen Bauhofes der Fa. Kistner
- Aufgebrachte Gewerbeabfälle im Bereich einer früheren Sandgrube auf der Teilfläche der ehemaligen Möbelfabrik Schlüter
- Verfüllter Kellerraum (ebenfalls Teilfläche der ehemaligen Möbelfabrik Schlüter)

Diese Bereiche sind durch Bodenaustausch unter gutachterlicher Begleitung und in Abstimmung mit dem Umweltschutzamt zu sanieren. Die Sanierungsarbeiten sind in einem Sanierungsbericht zu dokumentieren.

Sanierungsziel: Für zukünftig unversiegelte Flächen ist als Zielwert der Zuordnungswert Z 1.1 nach LAGA Boden und für zukünftig dauerhaft versiegelte Flächen der Zuordnungswert Z 1.2 nach LAGA Boden durch Sohlen- und Wandungsbeprobungen nachzuweisen.